economiesuisse

13. AHV-Rente: Verantwortungslos, teuer, unsozial

Laufende AHV-Renten sind bereits ab 2030 nicht mehr voll durch Beitragszahlungen der Erwerbstätigen finanziert. Eine 13. AHV-Rente nach dem Giesskannenprinzip würde das AHV-Loch laut Bundesrat um jährlich 5 Milliarden Franken vergrössern. Die salzige Rechnung für diesen Leistungsausbau trifft die Erwerbstätigen und Konsumenten. Vor allem Familien und Alleinerziehende sind bei einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer die Leidtragenden. economiesuisse lehnt den teuren und unfairen AHV-Zuschlag entschieden ab.

Angesichts der finanziellen Herausforderungen der AHV ist es verantwortungslos, dass die Gewerkschaften eine 13. AHV-Rente für alle Rentnerinnen und Rentner fordern. Dieser Leistungsausbau nach dem Giesskannenprinzip ist teuer und unsozial. Denn mit der Pensionierung der Babyboomer kommen so viele Menschen wie noch nie ins Rentenalter. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner stehen immer weniger Erwerbstätigen gegenüber, die diese Renten finanzieren müssen. Und da die Menschen in der Schweiz älter werden, beziehen sie auch länger eine Rente. Die AHV steht darum bereits mit einem Bein am finanziellen Abgrund. Die laufenden Renten sind nur bis 2030 finanziert. 2032 wird die AHV schon 4,7 Milliarden Franken mehr ausgeben, als sie einnimmt. Die Initiative würde ab 2032 zusätzlich 5 Milliarden Franken pro Jahr kosten und gefährdet damit die Rentensicherheit für kommende Generationen.

Zusatzrenten für Reiche: Es profitieren jene, die es am wenigsten benötigen

Durch die Initiative bekämen alle Rentnerinnen und Rentner einen Rentenzuschlag von 8.3 Prozent. Also auch jene, die überhaupt nicht auf dieses Geld angewiesen sind, was de facto über 85 Prozent der Rentner nicht sind. Besonders zynisch ist, dass Reiche mit einer hohen AHV-Rente eine höhere 13. Rentenzahlung erhalten als jene, die eine tiefe Rente beziehen. Die Initiative ist unfair und sozial nicht vertretbar. Die Zusatzleistungen kommen nicht gezielt jenen Personen zugute, die sie benötigen, sondern werden auch an ehemalige Topverdiener verschleudert. Zudem weisen Rentner bereits die höchsten Vermögen auf. Es ist schlicht unverständlich, warum reiche Rentner am stärksten profitieren sollen.

Höhere Lohnabzüge und Mehrwertsteuer: Die Initiative schröpft den Mittelstand

Eine 13. AHV-Rente für alle Rentnerinnen und Rentner ist extrem teuer. Die Gewerkschaften schweigen sich darüber aus, wie das finanziert werden soll. Es ist aber heute schon klar, dass Erwerbstätige und Konsumenten diese Rechnung begleichen müssten. Höhere Lohnabzüge und eine höhere Mehrwertsteuer schröpfen dann den Mittelstand. Das belastet insbesondere junge Familien und Alleinerziehende, die auch mit hohen Mieten und Krankenkassenprämien zu kämpfen haben. Die Linke tut also alles andere als die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Zudem finanziert der Bund 20,2 Prozent der AHV-Renten. Dafür bezahlt er bereits heute über 10 Milliarden Franken pro Jahr in die AHV. Bei Annahme der Initiative müsste der Bund jährlich eine Milliarde Franken mehr in die AHV einzahlen. Dieses Geld müsste der Bund jedoch erst einnehmen oder bei anderen Aufgaben einsparen, z.B. in den Bereichen Bildung und Forschung, Sicherheit oder Landwirtschaft. Auch hier würde es also wieder Verlierer geben.

Helfen Sie mit, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Informieren Sie sich unter www.13ahv-nein.ch und unterstützen Sie die Kampagne aktiv.